

TAMPEP wurde 1993 als Reaktion auf die Bedürfnisse von migrierte Sexarbeiter*innen in Europa gegründet. Als von Sexarbeitern geführtes Netzwerk vereint es Sexarbeiter*innen und Verbündete beim Aufbau stärkerer Partnerschaften, um sich für die Rechte von migrierte Sexarbeiter*innen in Europa einzusetzen.

TAMPEP verfolgt einen Ansatz mit drei Säulen in den Bereichen Menschenrechte, Interessensvertretung und Vernetzung: **das Recht auf Arbeit, das Recht auf Gesundheit und das Recht, sich frei zu bewegen.** Die Vielfalt unter migrierte Sexarbeiter*innen sowie ihre Mobilität stellen dabei eine grundlegende und übergreifende Wertvorstellung dar.

ERKLÄRUNG

Solidarität mit Sexarbeiter*innen, die das Recht auf Arbeit einfordern

Das europäische Netzwerk TAMPEP unterstützt die Forderungen von Sexarbeiter*innen nach Gleichbehandlung mit anderen Berufen bei der Ausübung ihrer Dienstleistungen in ganz Europa. Eine demokratische Gesellschaft steht für Gleichbehandlung in Bezug auf berufliche Regelungen bei der Bekämpfung der Pandemie. Es ist inakzeptabel, dass die Ausübung einer Dienstleistung untersagt ist, während die Ausübung vergleichbarer Dienstleistungen erlaubt ist. Es bestehen keine validen Argumente dafür, warum dieser Beruf zu gesteigerten Infektionszahlen beitragen würde. Es bestehen auch keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die dies belegen. Daher ist diese Annahme nicht haltbar.

- Sexarbeiter*innen dürfen seit einem Jahr nicht mehr arbeiten. Ihre Arbeitsplätze sind geschlossen.

- Lokalen Behörden neigen dazu, Sexarbeiter*innen zu verfolgen, statt sie in diesen herausfordernden Zeiten zu unterstützen. Das muss aufhören. Behörden müssen ihre Strategie dahingehend überdenken, Unterstützungsmaßnahmen zu bieten.

- In den Medien werden Sexarbeiter*innen meist als sogenannte Super-Spreader dargestellt, obwohl es keine Belege dafür gibt. Diese Berichterstattungen schaden Sexarbeiterinnen zusätzlich.

Die Schließung bzw. Unzugänglichkeit von Arbeitsplätzen und der fehlende Zugang zu Sicherheitsnetzwerken führen zu drastischen Einkommensverlusten von Sexarbeiter*innen. Diese Not setzt Sexarbeiter*innen zusätzlich unter Druck und drängt sie zu einer erhöhten Risikobereitschaft im Rahmen ihrer Tätigkeit.

Dies wiederum macht sie anfälliger, Opfer von Gewalt zu werden.

Sexarbeitsverbot, der Mangel an staatlichen Unterstützungsleistungen sowie das Fehlen der Aussicht auf eine Verbesserung der Situation führt dazu, dass Sexarbeiter*innen zunehmend marginalisiert und Gefahren ausgesetzt werden. Gewalt gegen Sexarbeiter*innen wird dadurch begünstigt, während die Sicherheit am Arbeitsplatz praktisch ausfällt. Dies kann weder im Interesse der Sexarbeiter*innen, noch im Interesse des Gesundheitssystems sein.

Die Entscheidung, Sexarbeiter*innen von Lockerungen in Bezug auf körpernahe Dienstleistungen auszuschließen führt in Kombination mit Einkommensausfällen und Perspektivlosigkeit unweigerlich zu einem erhöhten Risikoverhalten. Da die Ausübung von Sexarbeit derzeit verboten ist, werden Sexarbeiter*innen für Behörden unsichtbar, was sich negativ auf ihre Gesundheit und Sicherheit auswirkt.

TAMPEP solidarisiert sich mit der Bewegung von Sexarbeiter*innen im Kampf für gleiche Arbeits- und Menschenrechte.

Wir fordern die Regierungen dazu auf, die soziale und ökonomische Ungleichbehandlung dieser Berufsgruppe aufzuheben und Sexarbeiter*innen als Expert*innen im Bereich der Entwicklung und Umsetzung der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen einzubeziehen, um die Minimierung des Infektionsrisikos unter Sexarbeiter*innen zu gewährleisten.



different jobs
equal rights